

390/AE XX.GP

Entschließungsantrag

der Abg. Dr. Povysil, Dr. Pumberger Mag. Haupt, Dr. Salz
betreffend Ausbildungsinitiative in Gesundheitsberufen für
Österreicher/innen

Schon bei der Verfügbarkeit von Ausbildungsplätzen wird das Bestreben von Österreicher/innen, die Gesundheitsberufe ergreifen und sich darin qualifizieren wollen, von den zuständigen Stellen im Keim erstickt. Die zahlreichen sozialdemokratischen Gesundheitsminister/innen haben jahrelang tatenlos zugesehen, wie die Betreiber von Krankenanstalten die Ausbildungskosten herunterdrückten und damit viele Menschen um eine Berufschance brachten, während sie gleichzeitig die Personallücken mit ausländischem Billigpersonal stopften.

Das durch fehlende Ausbildungsplätze fehlende österreichische Personal wird ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Folgekosten in Österreich und Gesundheitspersonalmangel in weniger entwickelten Ländern auf dem internationalen Arbeitsmarkt beschafft.

Österreichweit liegt der Anteil an ausländischen Arbeitskräften beim Gesundheitspersonal bereits bei ca. 15 % , in Wien schon wesentlich höher. Dort wird beim Eingang jeder Krankenanstalt auf Werbetafeln verkündet, daß hier Menschen auf aller Welt im Dienste der Gesundheit tätig sind. Pannen zum Schaden der Patienten wie im Turmbau zu Babel, also den AKH Wien, sind offenbar einkalkuliert und werden mit Hilfe des Patientenanwalts auf dem Wege von Einmalzahlungen an Geschädigte oder deren Hinterbliebene "klaglos bereinigt" .

Von der beachtlichen Zunahme der Beschäftigtenzahlen in österreichischen Krankenanstalten konnten die Österreicher/innen kaum profitieren. Österreichische Jugendliche finden immer weniger Ausbildungs- und Arbeitsplätze, die Arbeitslosigkeit bei österreichischen Frauen, insbesondere Wiedereinsteigerinnen, ist besorgniserregend hoch. Der früher sehr hohe Ausbildungsstandard bei den tatsächlich praktizierenden Angehörigen von Gesundheitsberufen droht zu sinken, da "wir immer wieder in Feuerwehractionen Schwestern aus Indien oder von den Philippinen holen" , wie dies der ÖVP-Abgeordnete Rasinger im Kurier am 16.2.1997 formulierte. Erschwerend kommt dazu, daß diese "Feuerwehrtruppen" offenbar sofort in den Krankenhäusern und Pflegeanstalten zum Einsatz kommen, ohne daß zuerst überprüft wird, ob eine gleichwertige und gleichrangige Ausbildung absolviert wurde. Das Mißgeschick" der polnischen Krankenschwester, die eine Patientin mittels Kaliumchloridinjektion irrtümlich zu Tode brachte und danach abgeschoben wurde, ist noch in frischer Erinnerung. Diese arbeitsmarktpolitische Fehlentwicklung zum Schaden der Patienten und der österreichischen Arbeitnehmer/innen muß umgehend korrigiert werden.

Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten den nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales wird dringend ersucht, eine Ausbildungsinitiative in Gesundheitsberufen für Österreicher/innen zu starten, mit den Zielen

österreichischen Jugendlichen qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten in allen Gesundheitsberufen zur Verfügung zu stellen, damit sie nach absolvierter Ausbildung ihre Berufschancen im gesamten EU Raum auch wirklich wahrnehmen können,

österreichische Frauen, insbesondere Wiedereinsteigerinnen und

Arbeitslose, nach erfolgreicher Schulung an verantwortungsvollen und entsprechend entlohnten Arbeitsplätzen im Gesundheitsbereich unterzubringen,

den Ausländeranteil von Österreichweit 15%, ja sogar 30% bei Pflegehelfern in Spitälern, schrittweise zu reduzieren,

den Ausbildungsstandard und die Arbeitsbedingungen wieder auf ein patientengerechtes Niveau zu heben.

In formeller Hinsicht wird eine Zuweisung an den Gesundheitsausschuß beantragt.